

Wirtschaft

China hat die Verhandlungen zum Freihandel der Zukunft verschlafen

Peking schaut hilflos zu, wie EU und USA die Wirtschaft umgestalten. Eigene Initiativen vernachlässigte China jahrelang und spürt jetzt den Druck. Doch die Entwicklung kann dem Land auch bei seinen Reformen helfen.

Marcel Grzanna
Schanghai

Die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt steht aussen vor. Hier verhandeln Europäer mit Amerikanern, dort tun es die Europäer mit den Kanadiern, anderswo verhandeln die Amerikaner mit den Japanern. Aber nirgendwo spielt bislang die Volksrepublik China eine tragende Rolle, wenn es um den Freihandel der Zukunft geht. Sicherlich verzeichnet Peking hier und dort selbst ein paar Erfolge wie beim kürzlich in Kraft getretenen Abkommen mit der Schweiz oder einigen Partnern aus Südostasien und Südamerika. Aber da geht es vornehmlich um Zölle. International relevante Normen und Standards, die für die Wertschöpfungskette des Exportweltmeisters China immer wichtiger werden, setzen die anderen fest.

Entsprechend misstrauisch beobachtet Peking die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über deren Freihandelsabkommen TTIP. «Die beiden grössten Handelspartner Chinas besprechen neue Bedingungen ihres Austauschs. Der Ausgang der Gespräche könnte enorme Auswirkungen haben», sagt Cui Hongjian vom Institut für Internationale Studien in Peking, einer Denkfabrik des Aussenministeriums. Sollten sich Amerikaner und Europäer einigen, sieht Cui die Volksrepublik in einer ähnlichen Situation wie 2001 beim Eintritt in die Welthandelsorganisation (WTO). Damals kostete es das Land enorme Anstrengungen, die Bedingungen für den WTO-Beitritt zu erfüllen. Mit einem Unterschied: «Damals wusste die Regierung genau, was auf sie zukommt. Jetzt könnte es schlagartig Veränderungen geben, auf die das Land nicht vorbereitet ist», sagt Forscher Cui.

Kurzzeitige Politik

13 Jahre nach der Aufnahme in die WTO werden die Chinesen von ihren eigenen Versäumnissen eingeholt. Jahrelang, eigentlich jahrzehntelang, ruhte sich Peking auf der Dynamik des eigenen Wachstums aus. Die Konjunktur konnte seitdem nur eine Richtung: aufwärts, meist noch im zweistelligen Prozentbereich. In der Euphorie aber vernachlässigten die Chinesen die Planung der Zukunft. Sie verschanzten sich zum Schutz eigener Unternehmen hinter Protektionismus und Bürokratie. Bis heute erfüllt China bei weitem nicht alle Bedingungen, die das Land der WTO zugesagt hat. Der weiterhin mangelhafte Schutz geistigen Eigentums im Land, der mangelhafte Zugang zum chinesischen Markt für Investoren und Dienstleister oder mangelhafte Transparenz in vielen Geschäftsfeldern sind einige wenige, aber längst nicht alle Beispiele für die bestehenden Defizite.



Die Regierung möchte den Binnenkonsum steigern: Angestellter eines Obsthändlers in Hongkong. Foto: Brent Lewin (Bloomberg)

Es war eine kurzsichtige Politik, wie sich heute herausstellt. Chinesische Standards sind längst keine globalen Standards. «Eine weitsichtige Handelspolitik mit dem Ziel bilateraler oder multilateraler Abkommen hätte die Basis legen können für eine chinesische Einflussnahme auf internationale Standards und Normen. Die Chance ist vertan», sagt Professor Chen Bo von der Finanz- und Wirtschaftsschule in Shanghai. Die neue Staatsführung um Präsident Xi Jinping bemüht sich jetzt darum, den Schaden zu begrenzen.

In Europa werben die Chinesen für ein mögliches Abkommen mit der EU, und auch den Beitritt zur Transpazifischen Wirtschaftspartnerschaft (TPP) nimmt die Regierung wieder verstärkt ins Visier. Die im vergangenen Jahr eröffnete Freihandelszone in Shanghai war ein wichtiger Schritt, um die Voraussetzungen für mehr Marktwirtschaft in bislang staatlich streng kontrollierten Sektoren zu schaffen und damit möglichen Abkommen mit wichtigen Handelspartnern den Weg zu ebnen. Doch der Reformprozess ist zäh und zeigt, welche enormen Herausforderungen vor den Chinesen liegen, um die Freihandelsreife zu erreichen.

Deswegen laufen parallel Gespräche über ein alternatives Abkommen für den

Pazifikraum ohne Amerikaner namens RCEP. Neben den Chinesen gelten Indien, Südkorea, Japan, Australien, Neuseeland und zehn südostasiatische Staaten als potenzielle Beitrittskandidaten. Doch einerseits müssen erst einmal wachsende politische Spannungen in Ost- und Südostasien abgebaut werden, ehe RCEP Realität werden kann. Andererseits weiss China, dass eine Vereinbarung zwischen Amerikanern und Europäern wegen ihres Volumens zahlreichen Nationen als Massstab für die eigene Wirtschaft dienen würde.

Was also tun? «China hilft besonders eine Annäherung an Europa, um gemeinsam mit der EU den Amerikanern eigene Bedingungen aufzudrängen», sagt Ökonom Chen. Doch auch hier hat das Land den besten Zeitpunkt längst verschlafen und muss nun in Windeseile versuchen, die klaffenden Lücken der gegenseitigen Vorstellungen zu schliessen. Wer aber unter Druck steht bei Verhandlungen, muss meist mehr Zugeständnisse machen, als ihm lieb ist. Eine mögliche Einflussnahme der Chinesen auf die TTIP-Gespräche über dritte Akteure schliesst Chen völlig aus. «China hat keinerlei Einfluss auf europäische Politiker oder Gewerkschaften, die sich im Sinne des Landes einer TTIP-Einigung verweigern würden.»

Unter diesen Voraussetzungen wirkt TTIP als regelrechte Bedrohung für die Volksrepublik. Zumal auch geostrategische Aspekte eine Rolle spielen. Die Chinesen sehen in dem Freihandel zwischen der USA und der EU auch eine wirtschaftliche Basis für militärische Herausforderungen. Deswegen wird die Volksrepublik auf Transparenz und Öffnung für Dritte des möglichen Abkommens dringen.

Ein positiver Effekt

Doch das europäisch-amerikanische TTIP-Abkommen könnte auch einen sehr positiven Effekt auf die Chinesen haben, glaubt Cui Hongjian von der Peking Denkfabrik. Es könne dabei helfen, die Transformation der chinesischen Konjunktur zu mehr Dienstleistungen und Binnenkonsum zu beschleunigen, weil die Dringlichkeit den Beteiligten Beine macht. Die Märkte könnten wesentlich schneller deutlich weiter geöffnet und gleiche Bedingungen für ausländische Unternehmen geschaffen werden. Staatseigene Unternehmen müssten dazu reformiert und liberalisiert werden. Das erklärte Ziel der Regierung: «Letzten Endes funktioniert TTIP zum Wohle Chinas. Es wird die Kosten senken, Handelsbarrieren abbauen und Investitionen erleichtern», sagt Cui.

Malta zieht mehr Investoren an als erwartet

Seit sechs Monaten bietet Malta Investoren die Möglichkeit, über ein sogenanntes Individual Investor Program (IIP) die maltesische und damit auch die europäische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Hierzu müssen Interessenten mindestens 1,15 Millionen Euro (knapp 1,4 Millionen Franken) aufbringen. Nach einem halben Jahr zieht die Regierung in Valletta eine positive Zwischenbilanz: Mehr als 200 Bewerbungen für das Programm sind eingegangen; damit gehen zugesicherte Investitionen im Umfang von 200 Millionen Euro (240 Millionen Franken) einher - ein Vielfaches der erwarteten 30 Millionen für das erste Jahr. Noch wurde keine einzige Staatsbürgerschaft verliehen - einige Personen stehen offenbar kurz davor, den maltesischen Pass zu erhalten.

Laut Henley & Partners, der Firma, die das maltesische Programm im Auftrag der Regierungen ausgearbeitet hat und das Geschäft in Konzession betreibt, kommen die Investoren aus 30 verschiedenen Ländern. Sie würden in Malta in Immobilien, Hotels, in die IT-Branche, Fabriken oder die Filmindustrie investieren. Gemäss der Zeitung «Malta Today» stammt der Grossteil der Investoren, die am IIP teilnehmen wollen, aus Russland. (bra)

Nachrichten

Fernverkehr

Deutsche Fernbusse fahren ins Tessin und nach Graubünden

Das deutsche Unternehmen Mein-Fernbus eröffnet eine neue Buslinie zwischen Deutschland und Italien. Ab dem 28. August hält dieser Bus von München nach Mailand in Chur sowie in Bellinzona und Lugano. Eine Direktfahrt von Bellinzona nach München dauert 5 Stunden und 45 Minuten. Sie kostet laut Fernbus-Website aktuell 22 Euro. (SDA)

Espírito Santo

Credit Suisse hat fragwürdige Papiere nicht verkauft

Als Reaktion auf einen Bericht (TA von gestern) räumt die Schweizer Grossbank ein, ab 2001 im Auftrag der Bank Espírito Santo Anlageinstrumente aufgesetzt zu haben. Die Bank habe die Wertpapiere aber nie an BES-Kunden oder andere Dritte vertrieben, wird betont. Bei den besagten Wertpapieren handelt es sich um Spezialvehikel, die gemäss dem «Wall Street Journal» (WSJ) hauptsächlich in Schulden des Espírito-Santo-Konglomerats investierten. Vielen Käufern sei dies aber nicht bewusst gewesen. Dies aufgrund der Namensgebung, und weil die Aktien in kleinen Tranchen ausgegeben wurden und deshalb keine Aufschlüsselungspflicht im Prospekt bestand, so das WSJ. Diese Konstruktion habe dazu geführt, das Espírito-Santo-Familienimperium mitzufinanzieren. (ssc)

Microsoft

Steve Ballmer gibt auch seinen Posten im Verwaltungsrat auf

Ex-Microsoft-Chef Steve Ballmer gibt seinen Posten im Verwaltungsrat des Konzerns auf. Er wolle sich auf andere Aufgaben, etwa auf das von ihm gekaufte Basketball-Team LA Clippers, konzentrieren. Sein Schritt sei sofort wirksam. Ballmer besitzt vier Prozent der Microsoft-Anteile mit einem Wert von 15 Milliarden Dollar. Auf absehbare Zeit werde er an dem Anteil festhalten, schrieb Ballmer in einem Brief an den seit Februar amtierenden Unternehmenschef Satya Nadella. (SDA)

Medien

Google plant Internetkonten für Kinder unter 13 Jahren

Google plant Medienberichten zufolge Accounts für Kinder, um unter 13-Jährigen einen eigenen Zugang zu Internetdiensten wie Gmail oder Youtube zu ermöglichen. Dabei sollen Eltern überwachen können, wie ihr Nachwuchs die Internetmedien nutzt, berichtete die «Financial Times». Bislang lassen Internetfirmen wie Google oder Facebook offiziell keinen eigenen Zugang für unter 13-Jährige zu. (Reuters)

Marktmächtige Unternehmen neu im Fokus des Wettbewerbsrechts

Sie war bereits totgegläubt, die Kartellgesetz-Revision. Doch jetzt liegt ein Kompromiss vor.

Andreas Valda
Bern

Alles deutete darauf hin, dass der Nationalrat in dieser Herbstsession eine Verschärfung des Kartellgesetzes ablehnen und die Revision versenken würde. Es gab zu viele Gegner aus zu vielen Lagern. Gestern nun hat sich die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats aufgebaut und einen Kompromiss geschwürt. Er sieht drei wesentliche Abweichungen von der bisherigen Revisionsvariante vor:

● **Keine Interessensvertreter:** Die Wettbewerbskommission (Weko) soll bleiben, der Vorschlag für ein Gericht ist vom Tisch. Die Weko soll von 12 auf 7

verkleinert werden und die 5 Interessensvertreter (Gewerkschaft, Economie-suisse, Gewerbeverband, Konsumentenschutz und Bauernverband) fliegen raus.

● **Kein Teilkartellverbot:** Bei der Definition, wann sich Anbieter zu einem harten Kartell verabreden, soll es beim Alten bleiben. Dies in der Hoffnung, dass das Bundesgericht im sogenannten Elmex-Fall (Preis- und Gebietsabsprachen) die harte Linie der Weko bestätigt. Der Fall sollte 2015 entschieden werden.

● **«Relative Marktmacht» im Visier:** Bisher wurde ein marktmächtiges Unternehmen nur gebüsst, wenn es als «marktbeherrschend» galt und diese Stellung «missbrauchte», indem es Preise diktierte oder Lieferungen von fast konkurrenzarmen Produkten verweigerte. Neu soll das Gesetz an zwei Stellen um dem Begriff «Missbrauch der relativen Marktmacht» ergänzt werden. Bisher tolerierte Marktmissbräuche durch Hersteller sollen von der Weko verfolgt und gebüsst werden.

Dieser dritte Punkt ist die Neuerung. Die Formel «relative Marktmacht» soll die zahlreichen Vertreter der KMU, des Wirtverbandes Basel-Stadt (sie machten vor allem Druck), der Migros und der Stiftung für Konsumentenschutz versöhnlich stimmen. Sie verlangen, dass die Weko endlich gegen internationale Hersteller und Generalimporteure vorgeht, die Schweizer zu einem deutlich höheren Preis (eines identischen Produkts) beliefern als Kunden im Ausland und Direktimporte verhindern.

Die Weko verfolgt diese internationalen Hersteller - in einer Art Arbeitsverweigerung - heute nicht. Ein inzwischen unter dem Namen «7a» bekannt gewordener Artikel hätte dies ändern sollen, indem ein Importzwang für Bestellungen gleicher Güter ins Gesetz geschrieben worden wäre, was die Weko unter Druck gesetzt hätte. Dagegen opponierten gewisse wiederum linke und rechte Kreise (Gewerkschaften, Gewerbeverband, Grünliberale), denn sie befürchteten

auch einen Arbeitsplatzabbau, sollten die Preise auf breiter Linie sinken.

Der Kompromiss hat mehrere Väter, darunter den Wirtverband und verschiedene Wettbewerbsrechtler. Eingebracht hat ihn der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Bumann. Mithilfe von Konsumentenschützerin Prisca Birrer-Heimo (SP, LU), Andrea Caroni (FDP, AR) und Kathryn Bertschi (Grünliberale, BE) wurde in der Kommission eine Mehrheit erzielt, sodass jetzt alle davon ausgehen, dass das Kartellgesetz beraten wird. «Alle Seiten mussten Federn lassen», sagte de Bumann auf Anfrage. Caroni ergänzte, die «relative Marktmacht» sei ein prüfenswerter Vorschlag, liess aber offen, ob die ganze FDP dahinter stehe. Weko-Direktor Raffael Corazza und der Chefökonom des Bundes Eric Scheidegger zeigten sich laut Zeugen offen für diese Lösung. Nur der Gewerbeverbandspräsident Jean-François Rime soll dagegen gewettert haben so wie gewisse SP-Gewerkschafter.